



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**2. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.09.2023	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:54 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD & FW		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Dr. Sina Gonther - CDU	Vertretung für: Frau Michelle Akyurt	
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Carola Köster	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Wolfgang Baasch - SPD & FW	Vertretung für: Frau Sandra Odendahl	
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		
Delf Kröger - CDU		
Bastian Langbehn - Unabhängige Volt-PARTEI	Vertretung für: Frau Madita Liza Jürk	
Max Manegold - FDP		
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Ralf Kusmierz - 2.020 FBC		
Dirk Schmäuser - FB 2.500		bis TOP 3.4; 17.07 Uhr

Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	öffentlicher Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Daniel Blank - FBC FB 2	nur öffentlicher Teil
Katja Elstner - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.3; 17:51 Uhr
Norma Meyer - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.3; 17:32 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	bis TOP 2.1; 16:26 Uhr
Rasmus von Zamory - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis TOP 4.3; 17:51 Uhr
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	nur öffentlicher Teil
<b>Protokollführung</b>	
Elaine Sauck - 2.500 Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Gitta Scholz - Hebamme (Geburtshaus)	
Rebecca Welsch - Hebamme (Geburtshaus)	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - CDU	entschuldigt
Carola Köster - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Sandra Odendahl - SPD & FW	entschuldigt
Madita Liza Jürk - Unabhängige Volt-PARTEI	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH	
3.2	Antwort auf Anfrage VO/2023/11945 der Fraktion21 Anfrage AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 3)	<b>VO/2023/11945-01</b>
3.3	Anfrage des AM Helmut Müller-Lorsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen	<b>VO/2023/11967</b>
3.4	Halbjahresbericht Wohngeld	
3.5	Information von Frau Steinrücke zur interfraktionellen Arbeitsgruppe "Housing first"	
4	Berichte	
4.1	Strategische Neuausrichtung der städtischen SeniorInnen-Einrichtungen SIE Fortschreibung der baulichen Entwicklungsplanung	<b>VO/2022/11544-06</b>
4.2	Bericht zu VO/2023/12013 Fraktion21 AM Marco Sander: Unterstützungsmaßnahmen für ambulante Pflegedienste zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung	<b>VO/2023/12013-01</b>
4.3	Wohnungsmarktbericht 2022	<b>VO/2023/12320</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE & GAL und FDP: Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck	<b>VO/2023/12489</b>
5.1.1	ÄA der Fraktion SPD & FW zu Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE & GAL und FDP: Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck VO/2023/12489	<b>VO/2023/12516</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	

8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Anschließend verpflichtet die Vorsitzende die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Dr. Sina Gonther, Frau Nil Gersdorf, Frau Elke Landrath und Herrn Baasch mit den Worten: "Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein."

Sie schlägt vor, den TOP 4.1 von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Kuschmierz kündigt in diesem Zusammenhang eine vollumfängliche Vorlage an, die sich aktuell im Gremienlauf befindet, für die kommende Bürgerschaft vorgesehen ist und auch dem Ausschuss für Soziales vorgelegt wird.

Herr Müller-Lornsen verweist auf den Beschluss des Ausschusses, dass regelmäßig zum HGH berichtet werden soll.

Hierzu nimmt Frau Senatorin Steinrücke Stellung, dass unter TOP 3.1 auch der aktuelle Stand mitgeteilt werden wird.

Herr Müller bittet darum, dass der TOP 4.1 zur nächsten Ausschusssitzung vorgestellt wird.

Frau Prüß führte aus, dass dies ein Schwerpunktthema bei der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 11.10.2023 sein wird.

Die Vorsitzende lässt über eine Vertagung abstimmen:

Ja-Stimmen 15  
Nein-Stimmen 0  
Enthaltungen 0

Damit wurde die Vertagung des TOP 4.1 einstimmig beschlossen.

Ferner werden die Verwaltungsmitarbeitenden Frau Schwartz, Herr Kuschmierz, Herr Dr. Mischnik, Frau Timmermann und Frau Sauck zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil vorgeschlagen. Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme zuzulassen.

Herr Ziemann äußert sich zu dem TOP 5.1. Er nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE & GAL und FDP: Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck VO/2023/12489 und gibt zu bedenken, dass die Hansestadt Lübeck als Körperschaft des öffentlichen Rechts an das Gebot wirtschaftlicher Neutralität gebunden ist und Zuschüsse an Privatpersonen oder Unternehmen/Einrichtungen einer besonderen sachlichen Rechtfertigung bedürfen, wenn dadurch der Wettbewerb beeinträchtigt werden könnte. Ob dies hier der Fall sei, ergebe sich nicht aus der Vorlage und müsse ggf. erst geprüft werden.

Die Vorsitzende Frau Prüß bittet an dieser Stelle darum, nur die rechtsrelevanten Fragen zu erörtern und die thematische Diskussion erst unter TOP 5.1 zu führen.

Frau Siegenbrink beantragt das Rederecht für die Hebammen Frau Welsch und Frau Scholz.

Die Vorsitzende lässt über das Rederecht der Hebammen abstimmen:

Ja-Stimmen 15  
Enthaltungen 0  
Nein-Stimmen 0

Anschließend lässt die Vorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen..

## **zu 2      Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2023**

Die Vorsitzende erfragt, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.07.2023 gibt.

Herr Ziemann erläutert die Rechtmäßigkeit der Abstimmung des Antrags zu TOP 7.2.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Herr Ziemann kündigt an, die Sitzung zu verlassen. Daraufhin kehrt Frau Siegenbrink erneut zu TOP 5.1 zurück und erfragt, welche Qualität ein sachlicher Grund haben müsste, damit ein Zuschuss für das Geburtenhaus erfolgen kann.

Hierzu sprechen neben Herrn Ziemann noch Herr Müller, Frau Prüß und Herr Kröger.

## **zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 3.1      Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH**

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass in der Bürgerschaftssitzung der vergangenen Woche ausführlich über den aktuellen Umsetzungsstand „Weiterbetrieb HGH“ informiert wurde. Zudem teilt sie mit, dass in der kommenden Woche ein Gutachten erwartet wird.

Herr Müller-Lornsen erkundigte sich nach einigen bisher nicht umgesetzten Punkten des Brandschutzkonzeptes.

Bezüglich dieser Fragen verwies die Senatorin Frau Steinrücke auf den Bauausschuss.

Weiter erfragt Herr Müller-Lornsen, wann der Aufnahmestopp endet.

Hierzu erklärt Frau Senatorin Steinrücke, dass für diese Maßnahme erst einmal das Gutachten abzuwarten sei. Sie führte an, dass das Anhörungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Das Ergebnis soll zum 18.09.2023 vorgelegt werden.

Herr Müller erfragt, ob sich die Anzahl der Bewohner:innen verändert hat.

Herr Wadehn bejaht dies.

Herr Bergmann erfragte, welche rechtlichen Auswirkungen sich hinsichtlich des Brandschutzes ergeben.

Herr Müller-Lornsen möchte wissen, wann die Betroffenen dort wieder einziehen können.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt hierzu, dass laut Stiftungsverwaltung und GMHL die Maßnahmen noch nicht umgesetzt wurden. Erst nachdem alle Maßnahmen ausgeführt wurden, können Zahlen vorgelegt werden.

Frau Siegenbrink bittet um Ausführung zur vorangegangenen Frage von Herrn Müller an Herrn Wadehn, in Bezug auf die Veränderung der Bewohner:innenzahlen und was getan wird, um im Oktober 2023 wieder neu Bewohner:innen aufnehmen zu können.

Herr Wadehn teilt mit, dass sich aktuell noch 49 Bewohner:innen im HGH befinden.

Hierzu teilt Frau Senatorin Steinrücke mit, dass die betrieblichen Abläufe auf mehrere Szenarien organisiert werden müssen, da derzeit nicht absehbar ist, wie es weitergehen wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Gersdorf möchte wissen, wie der Stand bei den präventiven Hausbesuchen ist.

Herr Wulf berichtet, dass In 2021 dem Sozialausschuss ein umfänglicher Bericht „Prävention im Alter - Präventive Hausbesuche“ mit Ergebnissen des Projektes vorgelegt wurde ([VO/2015/02479-01](#)). Der Bericht und der Vorschlag zur Erarbeitung eines Konzeptes zur stadtweiten Verstetigung wurden z.K. genommen. Herr Wulf berichtet weiterhin, dass der Bereich Soziale Sicherung aktuell an einem Konzept zur Verstetigung arbeitet. Im Rahmen der Bearbeitung erfolgt ein Austausch in einem bundesweiten Netzwerk. Die Fragen der Trägerschaft sowie die Form des Angebotes sind u.a. zu klären.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<p><b>zu 3.2     Antwort auf Anfrage VO/2023/11945 der Fraktion21 Anfrage AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 3) Vorlage: VO/2023/11945-01</b></p>
--

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink und Frau Senatorin Steinrücke.

Frau Senatorin Steinrücke merkt an, dass „Bekämpfung der Altersarmut“ ein sehr wichtiges Thema ist und hebt die bisher gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Fraktionen hervor. Jedoch teilt sie auch mit, dass bei der Fülle der Aufgaben und aufgrund der personellen Engpässe, es derzeit leider nicht möglich sei, allen Aufgaben gerecht zu werden.

Herr Wulf merkt hierzu an, dass die umfangreiche Konkretisierung der Handlungsempfehlungen des Pflegebedarfsplans in Bearbeitung ist und sehr viel Zeit bindet.

Frau Senatorin Steinrücke bittet um eine priorisierte Sachstandsmitteilung in Berichtsform.

Frau Schwartz verweist darauf, dass enorme Kapazitäten gebündelt würden und bittet darum, die Sachstandsmeldung in mündlicher Form dem Ausschuss für Soziales darlegen zu dürfen. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die Vorstellung des Bereiches und Auflistung der offenen Aufträge von der letzten Ausschusssitzung.

Es wird angekündigt, dass die Mitglieder des Ausschusses dieses noch einmal über das Protokoll zugeleitet bekommen.

Somit wird sich auf eine mündliche Berichterstattung zur kommenden Sitzung geeinigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **Beschluss:**

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiter wachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." <sup>1</sup>

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird <sup>2</sup>. Und dies alles vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonal mangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft <sup>3</sup>.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInneneinrichtungen (folgend SIE genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.
- Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.

- Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung für ein bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." <sup>4</sup>

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)

II. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)

III. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)

IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).

### Teil 3

#### IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Anhand der im Sozialatlas der Heinrich Böll Stiftung aufgezeigten Entwicklungen, aber insbesondere auch im Hinblick auf die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt sich, dass der Bereich Pflege nicht nur perspektivisch mit hoher Priorität anzusehen ist. Die Hansestadt Lübeck hat zwar bereits bestehende gute Angebote, allerdings gäbe es weitere Anregungen, die den Pflegestandort Hansestadt Lübeck aufwerten würden. Hierbei gilt es (pflege)politische Impulse aufzugreifen, als auch bestehende Angebote auszubauen und den Umgang mit diesen zu reflektieren und anzupassen. Diesbezüglich möchten wir als Fraktion 21 folgende diesbezüglich stellen, bzw. entsprechende Anregungen geben:

1. Wie werden/können der duale Bachelorstudiengang Pflege und der berufsbegleitende Bachelorstudiengang Angewandte Pflegewissenschaft der Universität zu Lübeck als bisheriges Alleinstellungsmerkmal in Schleswig-Holstein beworben (werden)?
2. Laut der Pflegebedarfsplanung der Hansestadt Lübeck arbeiten im Lübecker Pflegestützpunkt zwei sozialpädagogische Fachpersonen und eine Verwaltungssangestellte <sup>5</sup>. Zwar können insbesondere die sozialpädagogischen Fachpersonen inhaltlich beraten, allerdings wäre die zusätzliche pflegerische Expertise im Hauptamt ebenso wünschenswert.
3. Gibt es diesbezügliche Bestrebungen, ggf. auch in Zusammenarbeit/Kooperation mit den pflegebezogenen Bachelorstudiengängen der Universität zu Lübeck, hinsichtlich möglicher Ausschreibungen/Praktika?
4. Der Bereich "Community Health Nursing" (veraltet auch als "Gemeindegewesener" bezeichnet) wird pflegepolitisch <sup>6</sup> als auch im Wahlkampf zur Landtagswahl 2022 <sup>7</sup> breit diskutiert und als ein Lösungsansatz zur Bewältigung kommender Versorgungsprobleme angesehen. Auch in der Pflegebedarfsplanung wird im Rahmen der Pflegekonferenz darauf Bezug genommen und diese empfehlenswerterweise gefordert <sup>8</sup>.
5. Gibt es Bestrebungen seitens der Hansestadt Lübeck, diesen Bereich zu forcieren und entsprechende Versorgungsmodelle/-projekte zu implementieren?

6. Laut der Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck ist zur Konkretisierung der Vision 2030 ein politischer Beteiligungsprozess zu entwickeln, z.B. in Form einer Zukunftswerkstatt oder eines regelmäßigen Begleitausschusses<sup>9</sup>.

Wie ist der diesbezügliche Stand?

7. Seitens der Pflegepolitik und -wissenschaft wird seit langem die Beteiligung der Profession Pflege auf strategischer Ebene im Sinne einer "Government Chief Nurse" / Pflegebeauftragte:r gefordert. Deren Aufgabe ist es, eine wesentliche Rolle für Planung, Entwicklung, Implementierung und Evaluation von Gesundheitsstrategien einzunehmen<sup>10</sup>. Anhand der bereits in der Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck aufgezeigten Entwicklungen und Bedarfe könnte solch eine Instanz die pflegerische Zukunft der Hansestadt Lübeck als "Pflegestadt" Lübeck entscheidend voranbringen.
8. Gibt es Überlegungen eine:n Pflegebeauftragte:n der Hansestadt Lübeck zu installieren und wenn nein, was sind die Gründe für die Ablehnung?

Quellen:

<sup>1</sup> Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas\\_2022.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf)

<sup>2</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80

<sup>3</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff

<sup>4</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108

<sup>5</sup> AOK Bundesverband 2019, S. 24 ff

<sup>5</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 32

<sup>6</sup> Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe. Community Health Nursing.

URL: <https://www.dbfk.de/de/themen/Community-Health-Nursing.php>

<sup>7</sup> Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2022. Vor-Ort-für-Dich-Kraft. URL: <https://www.spd-schleswig-holstein.de/2022/02/10/thomas-losse-mueller-will-die-vor-ort-fuer-dich-kraft/>

<sup>8</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 86

<sup>9</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 83

<sup>10</sup> International Council of Nurses / Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (2020). 2020 hat nur die Hälfte aller Länder Pflegebeauftragte

URL: <https://www.dbfk.de/media/docs/presse/ICN-Aufruf-Government-Chief-Nursing-Officers.pdf>

<b>zu 3.3      Anfrage des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen Vorlage: VO/2023/11967</b>
---

Herr Müller-Lornsen verweist auf seinen Fragenkatalog, der eingereicht wurde und bittet um Beantwortung seiner Fragen bis zur nächsten Ausschusssitzung.

Herr Voht merkt darauf hin an, dass dieser Fragenkatalog sehr kurzfristig eingereicht wurde und sehr lang sei. Er appelliert an Herrn Müller-Lornsen sich auf die wirklich notwendigen Fragen zu reduzieren, da auch dies wieder enorme Arbeitskapazitäten bei der Verwaltung bündeln würde.

Frau Senatorin Steinrücke verwies darauf, dass eine Bearbeitung innerhalb eines Monats nicht zugesagt werden kann.

Daraufhin gab Herr Müller-Lornsen zu bedenken, dass der Teilhabeplan bereits seit 5 Jahren bestehen würde und der Ausschuss für Soziales sich im Jahr 2023 immer noch mit Themen wie beispielsweise Schulbegleitung befasst. Somit macht er erneut darauf aufmerksam, dass er sich die Beantwortung bis zur kommenden Sitzung wünscht.

Frau Schwartz schlägt daraufhin vor, dass Herr Zschech (Sozialplaner) das Sozialplanungsmodell in einer der nächsten Sitzungen erneut vorstellt.

Herr Müller-Lornsen und Herr Müller sprechen sich für einen Inklusionsbeauftragten in der Verwaltung aus.

Herr Voht verlässt von 17:01 Uhr bis 17:03 Uhr den Raum.

Hierzu sprechen Frau Prüß und Frau Senatorin Steinrücke die, die darauf hinweist, dass auf der Arbeitsebene sehr agil an den Querschnittsthemen gearbeitet wird.

Frau Steinrücke erklärt, dass eine Beantwortung bis Ende November vorgesehen ist.

### **Beschluss:**

2018 wurde von der Lübecker Bürgerschaft ein Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen beschlossen.

Der beschlossene Teilhabeplan wurde an alle verantwortlichen Fachbereiche mit der Aufforderung weitergeleitet, die konkreten Maßnahmen oder Projekte zu entwickeln, die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen und dadurch eine Umsetzung zu ermöglichen.

Hier die einzelnen Handlungsfelder:

- Kindheit, Jugend und Familie
- Schule und Bildung
- Arbeit und Beschäftigung
- Kultur, Sport und Freizeit
- Bauen, Wohnen, Verkehr
- Gesundheit und Pflege
- Handlungsbedarf in der Verwaltung und den Eigenbetrieben

Wie ist der Umsetzungsstand in den einzelnen Handlungsfeldern?

1. Welche Barrieren konnten bislang nicht behoben und warum nicht?
2. Welche Ziele konnten erreicht werden?
3. Haben sich neue Ziele ergeben? In welchem Handlungsfeld? Welche Handlungsempfehlung wurde gegeben?
4. Ist die Steuerungsgruppe aktiv und wenn ja, welche Empfehlung gibt die Steuerungsgruppe?
5. Wann wird der nächste Austausch zur Steuerungsgruppe einberufen?
6. Ist angedacht, den Teilhabeplan fortzuschreiben, wenn ja wann und wer beteiligt sich daran?

## **zu 3.4 Halbjahresbericht Wohngeld**

Frau Schwartz führt in die Thematik ein und übergibt das Wort anschließend an Frau Meyer.

Diese stellt die Antragszahlen des ersten Halbjahres 2023 der Wohngeldreform „Wohngeldplus“ mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation vor.

Herr Dr. Grohmann verlässt in der Zeit von 17:12 Uhr bis 17:13 Uhr den Sitzungsraum.

Herr Voht lobt die Verwaltung dafür, dass die Wohngeldreform dafür genutzt wurde, daraus eine Werbekampagne zu machen.

Frau Gersdorf stellt die Frage, wie die Verwaltung die nicht deutsch sprechenden Menschen erreicht.

Hierzu teilt Frau Meyer mit, dass keine gesonderte Veröffentlichung in anderen Sprachen erfolgt ist, aber dieser Personenkreis gut informiert ist.

Herr Krüger stellt die Frage, wie sich dies refinanziert.

Frau Schwartz teilt mit, dass die Wohngeldreform 2023 dem Konnexitätsprinzip unterliegt und es deshalb eine teilweise Erstattung der zusätzlichen Personalkosten durch das Land gibt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.5 Information von Frau Steinrücke zur interfraktionellen Arbeitsgruppe "Housing first"**

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass das erste Treffen der Arbeitsgruppe für den 18.09.2023 geplant ist und die Einladungen demnächst herausgehen werden.

Zudem stellt sie in Aussicht, dass 3 weitere Treffen folgen könnten. Es werden pro Fraktion je ein:e Vertreter:in eingeladen, zuzüglich der Fachleute aus der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Dr. Grohmann verlässt in der Zeit von 17:15 Uhr bis 17:20 Uhr den Sitzungsraum.

## **zu 4 Berichte**

### **zu 4.1 Strategische Neuausrichtung der städtischen SeniorInnenEinrichtungen SIE Fortschreibung der baulichen Entwicklungsplanung Vorlage: VO/2022/11544-06**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

#### **Beschluss:**

Information über aktuelle Sachstände sowie  
Antrag des AM Thorsten Fürter (FDP) im Hauptausschuss vom 10.08.2023 zu Sachständen größerer Vorhaben der Stadt

„Der Bürgermeister wird gebeten, in der Sitzung des Hauptausschusses am 29.08.2023 zum Stand folgender größerer Bauvorhaben zu berichten:

- a) Neuaufstellung Senioreneinrichtungen  
(Bürgerschaftsbeschluss vom 22.11.2022, VO/2022/11544)

.....“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Bericht zu VO/2023/12013 Fraktion21 AM Marco Sander: Unterstützungsmaßnahmen für ambulante Pflegedienste zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung  
Vorlage: VO/2023/12013-01**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Die Versorgung durch ambulante Pflegedienste ist in verschiedenen Wohnlagen Lübecks durch verkehrliche Hemmnisse nicht mehr gegeben oder besonders erschwert (Priwall, Innenstadt, Randlagen). Gründe hierfür sind u. a. Kosten für Fähren und Tunnel, lange Stauzeiten und kostenintensives Parken, die von den Kassen nicht refinanziert werden. Pflegedienste lehnen vermehrt die Dienste in diesen für sie unwirtschaftlichen Lagen ab.

1. Der Fachbereich 2 / Senatorin Steinrücke wird gebeten, bis zur Mai-Sitzung die untenstehenden Maßnahmen auf Machbarkeit zu prüfen und schriftlich zu berichten.

- a. Freigabe der Busspuren für Pflegedienste
- b. Durchfahrtsberechtigungen und Zufahrtsberechtigungen in allen sonst für PKW beschränkten Zonen (z. B. Altstadt, Schranke Mönkhofer Weg, etc.)
- c. Ausweisung von Sonderparkrechten (z. B. auf Anwohnerparkplätzen)
- d. Erlass der Kosten der Priwallfähre und des Herrentunnels für in Lübeck ansässige Pflegedienste

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Wohnungsmarktbericht 2022**  
**Vorlage: VO/2023/12320**

Herr von Zamory stellt den Wohnungsmarktbericht 2022 mit einer Power Point Präsentation vor.

Herr Müller stellt fest, dass sich seiner Meinung nach keine Verbesserung eingestellt hat, und dass nur Wohnungen für wohlhabendere Menschen gebaut werden.

Herr Voht gibt Herrn Müller insofern Recht, dass der Bericht vor zwei Jahren nicht überwältigend war, der Bericht heute jedoch zeigt, dass in den letzten zwei Jahren eine große Entwicklung stattgefunden hat. Sofern die Politik ihre Pflicht weiterhin so ernst nimmt, so kann man auch in Zukunft Verbesserungen erwirken.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink und Herr Kröger.

Frau Elstner stellt den Bericht zu den aktuellen Entwicklungen „Sozialer Wohnungsbau und Wohnungsvermittlung“ mit einer Power Point Präsentation vor.

Frau Schindler verlässt in der Zeit von 17:37 Uhr bis 17:40 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Voht verlässt in der Zeit von 17:43 Uhr bis 17:47 Uhr den Sitzungssaal.

Ergänzend zu Frau Elstners Ausführungen trägt Herr Wulf vor, dass ein kontinuierlicher Austausch mit der Wohnungswirtschaft hinsichtlich der Bedarfe erfolgt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Der Wohnungsmarktbericht dient als Entscheidungshilfe für die zukünftige Wohnbauentwicklung in der Hansestadt Lübeck. Der Bericht stellt die Entwicklung der wesentlichen Indikatoren der Angebots- und Nachfrageseite des Wohnungsmarktes dar. Zudem zeigt der Bericht die Wohnbauflächenpotenziale in der Hansestadt Lübeck auf und zieht eine Bilanz zwischen den prognostizierten Bedarfen und den vorhandenen Wohnbauflächenpotenzialen. Dieses Jahr wird der Bericht bereits zum siebten Mal veröffentlicht.

Die Bürgerschaft hat am 26.01.2023 beschlossen, dass für die Hansestadt Lübeck ein Wohnungsmarktkonzept aufgestellt werden soll (VO/2022/11481). Hierzu wird im 1. Quartal 2024 ein Prozess zur Erstellung einer Wohnungsmarktstrategie unter Beteiligung der kommunalen Politik und der wesentlichen Akteure des Wohnungsmarktes gestartet.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 5</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

<b>zu 5.1</b>	<b>BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE &amp; GAL und FDP: Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck</b> <b>Vorlage: VO/2023/12489</b>
---------------	---

Frau Siegenbrink erläutert den Antrag.

Bezüglich der Bedenken von Herrn Ziemann äußert sich anschließend Frau Welsch (Hebamme). Sie berichtet, dass es kein weiteres Geburtshaus in Lübeck gibt. Sie teilt auch mit, dass es in Lübeck weitere Hebammen außerhalb des Geburtshauses gibt, die weiterhin Hausgeburten anbieten.

Frau Gröschl-Bahr befürwortet die Unterstützung für das Geburtshaus und auch die sich daraus ergebende Wahlfreiheit der gebärenden Frauen, jedoch meldet sie Bedenken in Bezug auf die rechtliche Bestandskraft der Vorlage an.

Aus diesem Grund wurde der Änderungsantrag VO 12516 (TOP 5.1.1) der SPD & FW nachgereicht.

Herr Grohmann schließt sich Frau Gröschl-Bahr an. Er teilt mit, dass der Antrag kein ausführliches Konzept enthält. Somit kann man auch nicht ersehen, ob ein Zuschuss in Höhe von 50.000. EUR ausreichend ist.

Herr Krüger schließt sich Herrn Grohmann an und macht auf die Wichtigkeit dieser Thematik aufmerksam.

Herr Bergmann verlässt in der Zeit von 18:04 Uhr bis 18:07 Uhr den Raum.

Herr Baasch verweist auf die Erklärung von Frau Welsch, dass auch Frauen aus anderen Landkreisen in das Lübecker Geburtshaus kommen und stellt insofern die Frage, ob sich die anderen Kreise beteiligen bzw. hierzu nicht eine Kontaktaufnahme erfolgen sollte.

Frau Welsch teilt daraufhin mit, dass es in ganz Schleswig-Holstein nur zwei Geburtshäuser gibt (Lübeck und Bad Oldesloe).

Es findet ein weiterer Austausch von den Mitgliedern Frau Gröschl-Bahr, Frau Siegenbrink, Herrn Kröger, Herrn Baasch, Herrn Voht, Frau Senatorin Steinrücke, Frau Prüß und Herrn Müller statt, der für seine Fraktion erklärt, dem Antrag beizutreten.

Da es sich bei der VO 12489 um den Ursprungsantrag handelt und dieser somit die Grundlage darstellt, kann dieser nicht zurückgezogen werden. Daher erklären die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, dem Änderungsantrag mit der VO 12516 beizutreten.

Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag unter TOP 5.1.1 abstimmen.

**Beschluss:**

Für den Ausbau und die Umstrukturierung des Geburtshauses Lübeck gewährt die Hansestadt Lübeck dem Geburtshaus Lübeck einen Zuschuss i.H.v. 50.000 EUR als Anschubfinanzierung. Dieser Zuschuss wird verwendet für Erweiterung und Umgestaltung der Räumlichkeiten, für die Überarbeitung und Anpassung des Qualitätsmanagements an die

gestiegenen Anforderungen und die Organisationsentwicklung für die neue Partnerschaftsgesellschaft.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.1.1 ÄA der Fraktion SPD & FW zu Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE & GAL und FDP: Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck VO/2023/12489  
Vorlage: VO/2023/12516**

Frau Sasse stellt dar, dass der Änderungsantrag eine Konkretisierung des Antrages BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LINKE & GAL und FDP Zuschuss für das Geburtshaus Lübeck  
Vorlage: VO/2023/12489 ist.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Kröger und Frau Welsch.

**Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck prüft in Gesprächen mit dem bestehenden Geburtshaus und anderen Expert:innen wie das Ziel eines qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten und auskömmlich finanzierten Geburtshauses in Lübeck erreicht werden kann. Dabei stehen besonders im Focus:

1. Wahlfreiheit von Frauen/Eltern aus allen sozialen Schichten
2. Konzeption zur Einbindung in die bestehende/ bzw. sich entwickelnde Infrastruktur der Gesundheitsversorgung von Schwangeren bzw. der Geburtshilfe
3. Unterstützung bei der auskömmlichen Finanzierung durch die zuständigen Kostenträger nach SGB V
4. Trägerschaft eines Geburtshauses, die eine Förderfähigkeit aus kommunalen Mitteln zulässt

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7      Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 19.47 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19.48 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende Frau Prüß fasste zusammen, dass keine Beschlüsse gefasst wurden.

Die Vorsitzende schliesst die Sitzung um 19:54 Uhr.

Lübeck, den 2. Oktober 2023

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Elaine Sauck  
Protokollführung